

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Einleitung.....	1
A. Ausgangspunkte und Problemstellung der Arbeit	1
I. Mittelbare Rechtsverletzungen im Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht	1
II. Rechtsgrundlage der Inanspruchnahme.....	4
III. Die Außenhaftung von Leitungsorganen.....	7
B. Fragestellung	8
I. Mittelbare Rechtsverletzungen im Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht	8
II. Mittelbare Verantwortlichkeit des Geschäftsleiters	10
C. Gang der Untersuchung	10
Kapitel 1 – Die Haftung für mittelbare Verletzungshandlungen im allgemeinen Deliktsrecht.....	13
A. Die Haftung für Verkehrspflichtverletzungen	13
I. Die Verkehrspflichtverletzung als haftungsbegründendes Element	13
II. Verkehrspflichten als Ausdruck eines allgemeinen Rechtsprinzips.....	14
III. Entstehung von Verkehrspflichten	15
1. Zurechnungsgrund und Zurechnungskriterien	15
2. Die Begründung eines Risikos als Zurechnungsgrund	15
a) Die Unterscheidung von Gefahr und Risiko	15
b) Der pflichtenbegründende Gefährdungsgrad	16
c) Verkehrsvertrauen als Maßstab der Bereichs- und Übernahmehaftung	18
d) Verhaltenspflichten aus Ingerenz	20
e) Risikovermeidung und Risikoabwehr als zeitliche Dimensionen der Zurechnung	21
3. Die Bestimmung des Verkehrspflichtigen	22
IV. Umfang von Verkehrspflichten	23
V. Ergebnis.....	24
B. Drittbezogene Verkehrspflichten im System des Deliktsrechts.....	25
I. Problemaufriss	25
II. Grundzüge drittbezogener Verkehrspflichten	26
1. Sicherungspflichten gegen missbräuchliches Drittverhalten	27
2. Die Produktbeobachtungspflicht des Herstellers nach § 823 Abs. 1 BGB.....	28
3. Pflichten des Reiseveranstalters.....	31
4. Zwischenergebnis.....	31
III. Subjektive Kriterien bei der drittbezogenen Ingerenzhaftung	33
1. Keine allgemeine Garantenstellung kraft Kenntnis	33
2. Positive Kenntnis als zurechnungsbegründendes Sonderwissen	34
3. Verkehrspflichten zur Kenntnisnahme.....	36

IV. Zusammenfassung	38
C. Die Außenhaftung des Geschäftsleiters für mittelbare Rechtsverletzungen.....	39
I. Problemaufriss.....	39
II. Bedürfnis nach einer umfassenden Außenhaftung?	40
1. Haftungskumulation im Außenverhältnis	41
2. Verhaltens- und Risikozurechnung nach § 31 BGB	42
3. Haftungskanalisation auf die juristische Person	42
4. Die Innenhaftung des Geschäftsleiters als Regelfall	43
5. Zusammenfassung.....	44
III. Der Zurechnungsgrund in der Person des Geschäftsleiters	45
1. Risikoerhöhung aufgrund Organverhaltens als Anknüpfungspunkt der Verantwortlichkeit im Zivil- und Strafrecht	45
2. Die Haftung für die Verletzung organisationsbezogener Verkehrspflichten... 48	
a) Haftung als Geschäftsherr nach § 831 BGB.....	48
b) Verkehrspflichten kraft Pflichtübernahme nach § 831 Abs. 2 BGB?	48
c) Haftung für die Verletzung von Organisationspflichten nach § 823 Abs. 1 BGB.....	49
aa) Organisationspflichten nach § 823 Abs. 1 BGB	49
bb) Zurechnungsgrund der Organisationspflicht.....	50
cc) Interesseprinzip und Verkehrsvertrauen als wesentliche Zurechnungskriterien.....	50
dd) Persönliche Verantwortlichkeit des Geschäftsleiters	51
(1) Risikoerhöhung durch Inanspruchnahme von Vertrauen	51
(2) Außenwirkung der Organisationsverantwortung im Innenverhältnis.....	52
(3) Übernahme der Verkehrspflichten durch den Geschäftsleiter?	54
(4) Geschäftsleiterhaftung als Berufshaftung.....	55
(5) Garantenstellung bei (fingierter) Kenntnis	56
ee) Begrenzung der Reichweite der Geschäftsleiterhaftung	57
(1) Begrenzung auf einzelne Schutzgüter	57
(2) Verkehrspflicht und interne Zuständigkeiten	57
IV. Zusammenfassung	58
Kapitel 2 – Haftung als mittelbarer Störer analog § 1004 Abs. 1 BGB.....	61
A. Einführung	61
B. Historische Entwicklung im Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht.....	62
I. Rechtsprechung des Reichsgerichts	62
II. Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	63
1. Lauterkeits-, Marken- und Urheberrecht	63
2. Patentrecht.....	65
III. Zusammenfassung	66
C. Haftungsvoraussetzungen	66
I. Willentlicher Verursachungsbeitrag	67
II. Adäquater Kausalzusammenhang	67
III. Die Pflichtverletzung als Element der objektiven Zurechnung.....	69

1. Funktion innerhalb der Störerhaftung	69
2. Die Störerhaftung als Haftung für unerlaubte Risiken	70
3. Abgrenzung zu Sorgfaltspflichten auf Verschuldensebene	72
IV. Vergleich mit der allgemeinen negatorischen Haftung nach § 1004 BGB	73
1. Möglichkeit 1: Anknüpfung an eine Rechtsusurpation	73
2. Möglichkeit 2: Anknüpfung an die Verursachung einer Rechtsverletzung	77
a) Die vorherrschende Abgrenzung von Handlungs- und Zustandsstörer	78
b) Die Sicherungstheorie	79
c) Beschränkung auf äquivalente Kausalität	81
d) Zwischenergebnis	82
e) Verhaltensunrecht und Zurechenbarkeit im Rahmen des § 1004 BGB	82
aa) Risikoschaffung als gemeinsame Voraussetzung negatorischer und deliktischer Verantwortlichkeit	83
bb) Systematische Abgrenzung zum Deliktsrecht	84
cc) Der Haftungstatbestand der negatorischen gegenüber der deliktischen Haftung	86
dd) Verhältnis zur Rechtswidrigkeit der Beeinträchtigung	87
ee) Historische und teleologische Auslegung	89
f) Zusammenfassung	90
V. Akzessorietät und (Erst-)Begehungsfahr	91
VI. Zwischenergebnis zur Vereinbarkeit der Störerhaftung mit dem allgemeinen Haftungsrecht	92
D. Statthaftigkeit einer Analogie	93
I. Voraussetzungen der Analogie	93
II. Mögliche Regelungslücken im spezialgesetzlichen Haftungsrecht	93
III. Unvollständigkeit des Immaterialgüterverletzungsrechts?	94
IV. Zwischenergebnis	94
E. Zusammenfassung	95
Kapitel 3 – Haftung als Teilnehmer nach § 830 Abs. 2 BGB	97
A. Strafrechtsakzessorische Auslegung des § 830 Abs. 2 BGB	97
I. Objektiver und subjektiver Beihilfetatbestand	97
II. Negatorische Haftung des Teilnehmers	98
III. Subsumtion der Störerhaftung unter § 830 Abs. 2 BGB	99
B. Anerkennung einer fahrlässigen Beihilfe?	100
I. Problemstellung für neutrale Beihilfehandlungen	100
II. Diskussionsstand	102
III. Möglichkeit einer zivilrechtsautonomen Auslegung	104
1. Normzweck	104
2. Gesetzesgeschichte	105
3. Grammatische und Systematische Auslegung	106
a) Die Einheit der Rechtsordnung	106
b) Drohende Sinnentleerung des § 830 Abs. 2 BGB	107
c) Umgehung spezialgesetzlicher Täterqualifikationen	108
C. Ergebnis	108

Kapitel 4 – Haftung für die Verletzung wettbewerbsrechtlicher Verkehrspflichten.....	111
A. Lauterkeitsrecht als besonderes deliktisches Verhaltensunrecht	111
B. Haftungsvoraussetzungen	112
I. Haftungsadressaten.....	112
1. Geschäftliche Handlung als Verhalten eines Unternehmers.....	113
2. Die Haftung fremdnütziger Akteure nach dem <i>GOOD-News</i> -Urteil des EuGH	114
3. Geschäftliches Handeln Privater?	115
4. Täterqualifikation beim Rechtsbruch.....	117
5. Zwischenergebnis.....	118
II. Die Unlauterkeit aufgrund eines Verstoßes gegen wettbewerbsrechtliche Verkehrspflichten	118
1. Problemaufriss	118
2. Erster Ansatz: Anknüpfung an den Verursachungsbeitrag.....	119
a) Verkehrspflichten als unternehmerische Sorgfaltspflichten.....	119
b) Relevanz der Pflichtverletzung.....	121
3. Zweiter Ansatz: Anknüpfung an den verursachten Verletzungserfolg.....	122
4. Zwischenergebnis.....	123
III. Schaffung eines Risikos für wettbewerbsrechtlich geschützte Interessen	123
1. Anforderungen an das Risiko einer Wettbewerbsverletzung.....	123
2. Ingerenz als Zurechnungsgrund	125
3. Zwischenergebnis.....	126
C. Die Haftung des Geschäftsleiters als Täter eines Wettbewerbsverstoßes	126
I. Die Täterqualifikation des Geschäftsleiters.....	127
1. Die Förderung eines eigenen oder fremden Unternehmens durch Organhandeln	127
2. Der Geschäftsleiter als Unternehmer?	128
3. Zwischenergebnis.....	130
II. Die Haftung aufgrund eigener wettbewerbsrechtliche Verkehrspflichten	130
1. Ingerenzhaftung nach BGH – „ <i>Geschäftsführerhaftung</i> “	130
2. Übernahmehaftung.....	132
D. Zusammenfassung	133
Kapitel 5 – Haftung als mittelbarer Immaterialgüterrechtsverletzer	135
A. Vermittlerhaftung als Gebot des Verfassungsrechts.....	135
B. Vermittlerhaftung als Gebot des Unionsrechts.....	136
C. Übertragbarkeit der Verkehrspflichtenhaftung.....	138
I. Rechtsprechung	138
1. Marken- und Urheberrecht.....	138
2. Patentrecht: „ <i>MP3-Player-Import</i> “	140
3. Die Accounthaftung in BGH – „ <i>Halzband</i> “	141
a) Problemstellung	142

b) Accounthaftung als Rechtsscheinhaftung?	142
c) Accounthaftung als Verkehrspflichtenhaftung?	143
d) Ergebnis	145
4. Zusammenfassung	145
II. Literaturmeinungen	145
III. Zusammenfassung	146
D. Vereinbarkeit einer Verkehrspflichtenhaftung mit der spezialgesetzlichen Systematik	146
I. Dogmatische Verankerung in den Benutzungstatbeständen	146
1. Problemstellung	146
2. Handlungs- und Erfolgsunrecht im Immaterialgüterrecht	147
3. Zusammenfassung	149
II. Die Haftung als mittelbarer Verletzer nach §§ 10 PatG, 14 Abs. 4 MarkenG	150
1. Die mittelbaren Verletzungstatbestände als Gefährungsdelikte	150
2. Die mittelbare Patentverletzung nach § 10 PatG	150
a) Gesetzesgeschichte, Normzweck und Anwendungsbereich	150
b) § 10 PatG als typisierte Verkehrspflichtenhaftung?	151
aa) Die mittelbare Patentverletzung als Schutzrechtseingriff?	152
bb) Zurechnungsgrund und Zurechnungskriterien der mittelbaren Patentverletzung	153
(1) Schaffung eines Risikos	153
(2) Die subjektiven Elemente des § 10 Abs. 1 PatG als Zurechnungskriterien	154
(3) Die Privilegierung neutraler Mittel in § 10 Abs. 2 PatG	156
(4) Die Privilegierung der § 11 Nr. 1 bis 3 PatG beim unmittelbaren Benutzer	158
c) Umfang der geschuldeten Sicherungsmaßnahmen	159
d) Schlussfolgerungen für sonstige mittelbare Patentrechtsverletzungen	160
3. Die mittelbare Markenverletzung nach § 14 Abs. 4 MarkenG	162
a) Gesetzesgeschichte und Normzweck	162
b) § 14 Abs. 4 MarkenG als typisierte Verkehrspflichtenhaftung?	164
c) Schlussfolgerungen für sonstige mittelbare Markenverletzungen	165
4. § 95a Abs. 3 UrhG	165
5. Zusammenfassung	166
III. Markenrecht	166
1. Abschließende Wirkung des harmonisierten Verletzungsrechts?	167
2. Fehlen einer Haftungsgrundlage	168
a) Regelungslücke aufgrund des § 14 Abs. 5 MarkenG	168
b) Planwidrigkeit und vergleichbare Interessenlage	169
c) Analoge Anwendung des § 1004 Abs. 1 BGB oder des § 14 Abs. 5 MarkenG?	170
3. Das Handeln im geschäftlichen Verkehr als täterqualifizierendes Merkmal	171
4. Zusammenfassung	172
IV. Patentrecht	173
1. Fehlen einer Anspruchsgrundlage	173
2. Anwendungsbereich einer patentrechtlichen Verkehrspflichtenhaftung	174

3. Zusammenfassung	175
V. Urheberrecht	175
1. Die Reichweite des § 97 UrhG	175
2. Anwendungsbereich einer urheberrechtlichen Verkehrspflichtenhaftung	176
3. Abweichende Regelung der Verantwortlichkeit für Privatkopien?	179
4. Zusammenfassung	181
VI. Die Haftung für mittelbare Verletzungshandlungen und das Territorialitätsprinzip	182
E. Zusammenfassung	183
Kapitel 6 – Tatbestand der Verkehrspflichtenhaftung im Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht	185
A. Die Schaffung eines unerlaubten Risikos	185
I. Ermittlung des haftungsbegründenden Gefährdungsgrads	185
II. Haftung aufgrund „gefährdgeneigter“ Kausalbeiträge	186
III. Missbrauch neutraler Geschäftsmodelle und subjektive Zurechnungskriterien ..	187
IV. Ermöglichung der Nutzung fremder Inhalte im Internet	188
1. Haftung für Hyperlinks	188
a) Problemstellung	188
b) Begründung des Risikos rechtswidriger Vervielfältigungshandlungen durch die Nutzer	188
c) Begründung des Risikos der Verbreitung rechtswidriger Inhalte	190
2. Haftung für die Bereitstellung eines Internetzugangs (Access Providing)	190
a) Grundsatz: abstrakte Risikoerhöhung bei willentlicher Zugangsvermittlung?	191
aa) Internetzugang als Sachgefahr – Wertungen des TMG	192
(1) Pflichten des Anschlussinhabers nach der Störerhaftung	192
(2) Berücksichtigung des TMG bei der negatorischen Haftung	193
(3) Pflichtenmaßstab nach dem TMG	196
bb) Anonymisierung als Risiko beim WLAN-Netz	196
cc) Ergebnis: Entstehung von Verkehrspflichten nach Maßgabe des TMG nur noch in Ausnahme- und Altfällen	198
b) Ausnahme: Risiko bei unwillentlicher Zugangsvermittlung?	199
aa) Behandlung nach dem TMG	200
bb) Sicherungspflichten aufgrund einer besonderen Gefährlichkeit	201
cc) Zwischenergebnis	202
c) Auswirkungen auf den Unterlassungsantrag	203
3. Unzureichende Umsetzung der Artt. 8 Abs. 3 InfoSoc-RL, 11 Enforcement-RL	203
4. Zusammenfassung	204
B. Umfang der Verhaltenspflichten	205
I. Verhaltenspflichten als Anwendungsfall der mittelbaren Drittwirkung von Grundrechten	205
1. Verhältnis von Verletzer und Verletztem	205
2. Sicherungsmaßnahmen im mehrpoligen Rechtsverhältnis	207

3. Gefahr des „overblocking“ im Urheberrecht	209
4. Verkehrspflichtenhaftung und Gleichheitssatz	210
II. Einzelne Verkehrspflichten	211
1. Proaktive Verhaltenspflichten vor dem Hintergrund des Vertrauensgrundsatzes	211
2. Kenntnisnahmepflichten	213
3. Pflicht zur Überprüfung der Wirksamkeit ergriffener Maßnahmen	214
III. Zusammenfassung	214
C. Erfordernis der Subsidiarität	215
I. Einführung eines Subsidiaritätserfordernisses?	215
II. Die Subsidiarität als Zumutbarkeitserwägung	215
III. Die fehlende Schutzbedürftigkeit als negatives Zurechnungskriterium	217
IV. Ausgleich auf Kostenebene	217
D. Die Haftung des Geschäftsleiters	218
I. Haftung der Leitungsorgane bei Kenntnis	218
II. Haftung aufgrund einer Organisationspflichtverletzung	219
III. Übernahmehaftung nach allgemeinen Grundsätzen	222
Kapitel 7 – Rechtsfolgen der Verkehrspflichtenhaftung	223
A. Umfang der Verkehrspflichtenhaftung	223
I. Vorbeugende Unterlassungsansprüche gegen den Vermittler	223
II. Anerkennung einer Schadensersatzpflicht	224
1. Problemstellung	224
2. Umfang der Schadensersatzverpflichtung	225
B. Verhältnis zur Gehilfenhaftung	227
C. Zusammenfassung	227
Zusammenfassung und Ausblick	229
A. Grundlagen der mittelbaren Verantwortlichkeit	229
I. Störerhaftung als Verletzerhaftung	229
II. Rechtsgrundlagen der Haftung des mittelbaren Verletzers	230
III. Vermittlerhaftung als Ingerenzhaftung	230
IV. Zum Begriff des Störers	231
B. Zur Außenhaftung des Geschäftsleiters	231
C. Offene Fragen	232
Abkürzungen	235
Literaturverzeichnis	237